

Inflation - Deflation - Stagnation - Rezession

Sind geldpolitische Steuerungen zur Vermeidung möglich?

Von Helmut Creutz

„Unterstellt, Geldpolitik machen wäre wie Autofahren, dann ist es ein Auto mit ungenauem Tacho, trüber Windschutzscheibe und einer Tendenz, der Steuerung nicht zu gehorchen.“

Ben Bernanke,
derzeitiger Präsident der amerikanischen Notenbank –
vor seiner Amtsübernahme

Inflation

Dass Inflationen von Übel sind, ist unbestritten. Deshalb sind die Notenbanken auch bemüht, sie möglichst zu vermeiden. Dennoch wird dieses Übel mittlerweile von der EZB sogar planmäßig angestrebt und sie bezeichnet einen allgemeinen Preisanstieg von „unter aber nahe 2%“ als „Preisniveaustabilität“!

Ursache für dieses widersprüchliche Verhalten ist der Tatbestand, dass ein Absinken der Inflation auf null (also eine *wirkliche* Preisniveaustabilität, die unser Geld endlich zu einem verlässlichen Maßstab machen würde!) unter den heutigen Gegebenheiten nicht angestrebt werden darf! Denn zur Umlaufsicherung des Geldes ist heute nicht nur ein ständig positiver Zins als Lockmittel erforderlich, sondern als Peitsche auch eine ständige Inflation! Würde die Inflation tatsächlich auf 0% sinken und der Guthabenzins auf 2 bis 3% Prozent, dann würde das Ausleihen von Geld sich kaum noch lohnen. Die Haltung von Liquidität würde dann vorteilhafter sein und dazu noch ohne Risiko! Das heißt, in Zeiten stabilen Geldes und sinkender Zinsen wird übriges Geld dem Wirtschaftskreislauf immer weniger zur Verfügung gestellt. Mit zunehmender Geldzurückhaltung droht jedoch das Schreckgespenst einer Deflation mit Stagnation und Rezession!

So wie Deflationen also Folge eines reduzierten, sind Inflationen Folge eines zu sehr ausweiteten Geldum-

laufs. Für beides – also für Geldknappheit wie Geldüberfluss – sind alleine die Notenbanken verantwortlich. Das Dilemma ist in beiden Fällen das gleiche: Sie kennen den tatsächlich umlaufenden Anteil der Geldmenge nicht und betreiben deshalb – wie Bernanke das ausdrückt – Geldpolitik mit „schmutziger Windschutzscheibe“ und „ungenauem Tacho“.

Weil also die Notenbanken heute nicht die Möglichkeit haben, die ausgegebene Geldmenge mit der nachfragenden in Deckung zu bringen, sind sie heute darauf angewiesen, das Geld durch ständig positive Zinsen immer wieder in den Kreislauf zurück zu locken. Und damit diese Zinsen auf keinen Fall zu sehr absinken können, wird die Dauer-Inflation von knapp 2% als Zielgröße eingeplant!

Die Ergebnisse dieser Art von Geldpolitik und -steuerung, gehen aus der **Darstellung 1** hervor. In ihr werden, für den Zeitraum von 1960 bis 2005, die Entwicklungen der Inflationsraten mit jenen der Kapitalmarktzinsen verglichen, also mit jenen Guthabenzinsen, die man als Geldanleger für langfristige Geldausleihungen erhält.

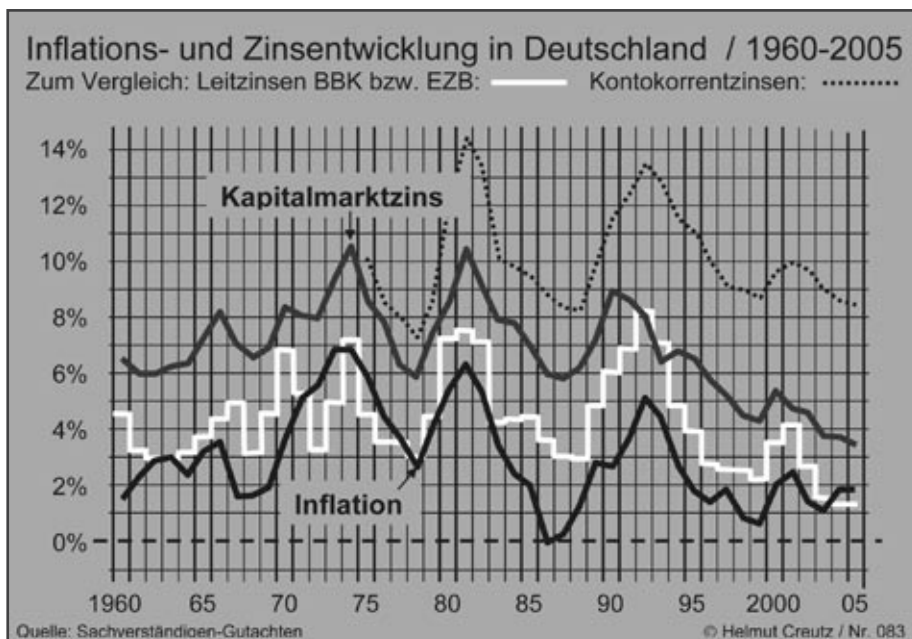
Dass bei diesen Schwankungen beider Größen die der Inflation tonangebend sind, geht aus der „Paralleltät“ der Kurven hervor. Denn da sich die Geldvermögensbesitzer durch die Inflation nicht „die Sahne vom Kuchen“ nehmen lassen wollen, schlagen sie ihre Zinsforderungen auf diese schwan-

kenden Inflationsraten auf. Damit egalieren sie auch ihre Substanzverluste, die sich durch die Inflationen bei ihren Vermögenswerten ergeben! Häufig reagieren die Geldhalter dabei auch schon im Vorhinein auf erwartete Inflationsan- oder -abstiege und nehmen damit – wie es dann in der Fachpresse heißt – „die zu erwartende Inflation bereits vorweg“.

Was ist mit den Leitzinsen?

Mit diesem Begriff bezeichnet man jene Zinssätze, zu denen die Noten- oder Zentralbanken den Geschäftsbanken Zentralbankgeld in Form von Guthaben zur Verfügung stellen. Von diesen Guthaben können die Banken bei Bedarf Bargeld abrufen. Vor allem aber benötigen sie diese Zentralbankgeld-Guthaben für ihre laufenden Verrechnungen untereinander, nicht zuletzt als „Begleitung“ jener vielen Überweisungen, die wir als Bankkunden mit Hilfe unserer Sichtguthaben tätigen.

Das heißt, diese Leitzinsen wirken direkt nur auf die Haltung der bankinternen Zentralbankgeld-Bestände und damit auf die Geldversorgung der Wirtschaft. Die vielfach größere Kreditversorgung der Wirtschaft, die auf den Ersparnissen der Bankkunden basiert, wird dagegen von jenen Zinssätzen beeinflusst, die sich aus den täglich sich verändernden gegenläufigen Interessen der Sparer und Kreditnehmer ergeben. In die Guthabenzinsen geht dann



Darstellung 1



Darstellung 2

auch noch die Bankmarge ein, die aus den Kosten und Gewinnerwartungen der Banken resultieren.

Im Gegensatz zu diesen täglich schwankenden Bankzinsen werden die Leitzinsen der Notenbanken – wie die „Trümmerlandschaft“ in der **Darstellung 1** erkennen lässt – nicht gleitend sondern mit unterschiedlichen Zeitabständen und Höhendifferenzen stufenweise korrigiert (hier auf Jahres-

durchschnitte umgerechnet). Diese Leitzinsveränderungen (die natürlich mit Verzögerung auch auf die Kreditmärkte und das Sparverhalten Auswirkungen haben) werden von den Medien immer mit größtem Interesse verfolgt. Über das Wann, Ob und Wie wird oft wochenlang spekuliert, wobei die Meinungen der Experten, sowohl vorher als auch im Nachhinein, meist konträr auseinander gehen. Und haben

sich die Zinsen in der Wirtschaft schon vor den Erhöhungen der Leitzinsen verändert, dann spricht man auch hier von Korrekturen, die der Markt vorweg vorgenommen hat!

Vergleicht man die Entwicklungen dieser Leitzinsen in der Darstellung, dann lässt sich nur schwer erkennen, ob es sich bei den Korrekturen tatsächlich um Leit- oder eher um Begleitzinsen handelt, also um Zinsen, die sich letztlich am Markt orientieren. So hatten beispielsweise – wie gut erkennbar – die Versuche der Deutschen Bundesbank in den Jahren 1970–73, die Leitzinsen gegen den Markt zu steuern, lediglich bei den Kapitalmarktzinsen leichte Auswirkungen, nicht aber bei der Inflation: Diese stieg vielmehr, von den Absenkungen der Leitzinsen unbeeinflusst, unverändert weiter an! Umgekehrt hatten sich die Kapitalmarktzinsen bereits ab 1990 auf Talfahrt begeben, obwohl die Leitzinsen und die Inflation noch bis 1992 anstiegen.

Konkret: Die Veränderungen der Inflation und damit der Markt- und Leitzinsen, werden heute letztendlich von jenen bestimmt, die nach Belieben ihr Geld einsetzen oder nicht einsetzen können. Oder anders ausgedrückt: von jenen, die nach Belieben das vom Staat herausgegebene Geld blockieren oder frei geben. Da aber das Geld das wichtigste und wirkungsvollste Verkehrsmittel in unseren Volkswirtschaften ist, sind die Folgen dieser periodischen Schwankungen der Geldhaltung und -nutzung von schwerwiegender Natur: Sie entscheiden über Konjunktur und Beschäftigung und damit über das Wohlergehen der Menschen!

In welchem Maße das der Fall ist, geht aus der **Darstellung 2** hervor, in der die Inflations- und Zinsschwankungen mit den Veränderungen der Arbeitslosenquote und Insolvenzen verglichen werden. Zum besseren Erkennen sind die Zins- und Inflationskurven in der Darstellung um zwei Jahre nach rechts verschoben, um die Verzögerungen auszugleichen, mit der die Entwicklungen in der Wirtschaft den Veränderungen der Zins- und Inflationskurven folgen. Das gilt vor allem für die Insolvenzen, die alle Unternehmen möglichst lange aufzuschieben versuchen. >

....und was ist mit den Deflationen?

Im Gegensatz zu Inflationen, also den allgemeinen Anstiegen des Preisniveaus auf Grund einer zu großen bzw. ständig vergrößerten Geldmengenversorgung durch die Notenbank, sind Deflationen, und damit Absenkungen des Preisniveaus, normalerweise die Folge eines verringerten Geldeinsatzes durch die Marktteilnehmer. Während wir mit dem Inflationsproblem und dessen Folgen seit Jahrzehnten leben (auch wenn uns die Kaufkraftverluste von DM bzw. Euro seit 1950 auf etwa ein Zehntel des ursprünglichen Wertes kaum bewusst sind!), ist uns der Begriff Deflation fast nur vom Hörensagen bekannt. Das vor allem durch Beschreibungen der Vorgänge in den 1930er Jahren, die in unseren Krisentagen immer wieder beschworen werden. Das gilt ebenso für deren Folgen, nämlich das soziale Elend und die daraus resultierenden politischen Entwicklungen in Deutschland und der ganzen Welt. Dabei hat sich vor allem erwiesen, dass Deflationen wesentlich verheerender sind als Inflationen, die anfänglich die Wirtschaft sogar beleben. Deswegen bemühen sich die Notenbanken, die Nähe der Deflationsgrenze möglichst zu meiden!

So wie Inflationen zur Selbstverstärkung tendieren, so ist das auch bei den Deflationen der Fall, vor allem durch den Anstieg des Geldwertes. Diesem positiv erscheinenden Kaufkraftanstieg und dem Absinken des Preisniveaus stehen jedoch Einbrüche der Konjunktur, zunehmende Arbeitslosigkeit und schließlich schwer zu überwindende Rezessionen gegenüber. Also das, was eigentlich wünschenswert und erstrebenswert ist, nämlich sinkende Inflations- und Zinssätze, ist – unter den Gegebenheiten unseres heutigen Geldsystems – mit gravierenden negativen Auswirkungen verbunden! Man mag als Verbraucher die sinkenden Preise begrüßen, aber sie machen den Absatz der Waren ebenso zu Verlustgeschäften wie weitere Produktionen. Das in einem besonderen Maße, wenn die Menschen – wie wir derzeit erleben – auf Grund der aus diesen Einbrüchen der Konjunktur drohenden

oder bereits resultierenden Entlassungen, auch noch ihre Geldausgaben reduzieren und auf Angstsparen umsteigen. Und während bei Inflationen eher die Geldbesitzer und die mit Verzögerung angepassten Lohnempfänger Verlierer sind, treffen Deflationen vor allem die Kreditnehmer und die gesamte Wirtschaft. Welche Folgen sich aus einem solchen deflationären Einbruch ergeben, konnten wir in den letzten 20 Jahren in Japan beobachten.

Das japanische Beispiel

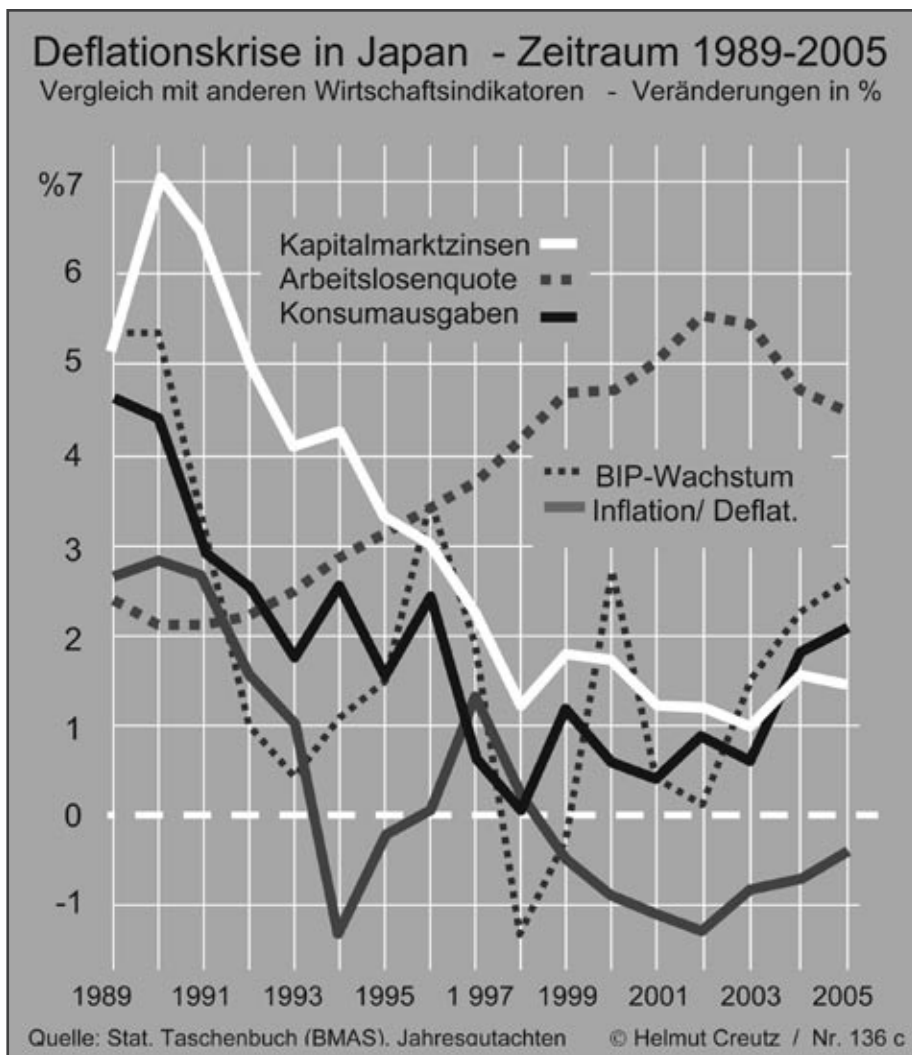
In Japan hatte sich seit Ende der 1990er Jahre im Prinzip die gleiche Kette an Ereignissen abgespielt, wie wir sie bei uns seit dem Jahr 2000 erleben: Einem schweren Einbruch an der Börse folgte in beiden Fällen ein massiver Umstieg auf Spekulationen im Bereich der Immobilienmärkte. Im Gegensatz zu den Vorgängen in den USA und einigen westeuropäischen Staaten, konzentrierten sich diese Immobilien-Spekulationen in Japan jedoch weniger auf Gebäude (die dort oft noch recht bescheiden sind) als auf den unvermehrten und besonders knappen Boden. Dessen Preise wurden durch die Spekulation so hoch getrieben, dass sie in den Spitzenlagen Tokios pro Quadratmeter schließlich die Millionen-Dollar-Grenze erreichten und das Gelände des kaiserlichen Gartens in Tokio den Bodenwert ganz Kaliforniens! Und da auch diese Bodenwerte über einige Jahre einem ständigen Anstieg unterlagen, ähnlich wie die der Häuserpreise in den USA und anderswo, hatten auch in Japan die Banken lange Zeit keine Hemmungen, diese Spekulationen durch Kreditgewährungen zu finanzieren und damit schließlich zu verstärken. Am Ende stand jedoch in Japan – genau wie inzwischen auch bei uns – die Zahlungsunfähigkeiten der Banken!

Ähnlich wie nun in den westlichen Industrienationen, versuchte auch der japanische Staat zuerst einmal die Banken mit staatlichen Finanzierungshilfen und oft schon fragwürdigen Bilanzierungsregelungen am Leben zu halten. Doch die Japaner hatten den Glauben an die Banken bereits verloren. Und

da auf Grund der allgemeinen Unsicherheiten auch noch die Nachfrage einbrach und die Zinsen und dann die Preise deflationär in den Keller gingen, hielt man nicht nur die erwirtschafteten Überschüsse im Safe zu Hause zurück, sondern hob auch noch Geld von den Banken ab!

Wie aus der **Darstellung 3** zu entnehmen, war der daraus resultierende Konjunktur-Einbruch verheerend: Mit den Hortungen der Geldmenge und dem Rückgang der Konsumausgaben sank die Wirtschaftsleistung rapide und stieg die Arbeitslosigkeit von etwa 2,5% zu Beginn der Krise auf mehr als das Doppelte an. Und das in einem Land, in dem traditionsgemäß die Beschäftigung, vor allem in den Großbetrieben, einer Lebensversicherung gleich kam, die sich oft sogar in den Familien vererbte!

Auch in Japan versuchte der Staat – nach der Stützung der Banken – über Konsumspritzen die Nachfrage und damit die Konjunktur zu beleben. Doch selbst verschenkte Kaufgutscheine an alle Bürger brachte keinen merklichen Erfolg: Die Japaner legten nur noch mehr Geld zur Seite und die Produktion von Geldkassetten und Tresoren war zeitweise der einzige boomende Industriezweig im Lande. Was in diesen Jahren dafür umso stärker wuchs, waren die Verschuldungen des japanischen Staates! Von anfangs moderaten Höhen haben sie inzwischen mehr als 180% des BIP erreicht und damit das Dreifache jenes Satzes, den man in den Kriterien für die Eurostaaten in Maastricht festgelegt hat! Diese fast schon astronomische Staatsverschuldung in Japan ist dank der niedrigen Zinsen bisher zwar noch nicht allzu problematisch. Wenn jedoch die Konjunktur wieder anspringt und damit Inflation und Zinssätze auf „normale“ Höhen steigen, dann muss man, im Hinblick auf die Bedienung dieser Staatsverschuldung, eine solche Wiederbelebung der Wirtschaft fast fürchten! Denn wie will ein Staat die Zinsbedienung solcher Staatsverschuldungen noch realisieren, deren Höhe fast das Doppelte der jährlichen Wirtschaftsleistung erreicht hat? Und das ohne jene



Darstellung 3

Verschuldung der Wirtschaft und der privaten Haushalte, die in etwa doppelter Höhe noch einmal hinzukommt?

Dass die Japaner diese Deflationsperiode bisher halbwegs heil überstanden haben, dürfte damit zusammenhängen, dass die Haushalte unter den derzeitigen fast bei null liegenden Zinsen enorm entlastet wurden. Bedenkt man, dass in Deutschland alleine die Zinserträge der Banken im Jahr 2007 mit einer Höhe von 419 Mrd. Euro, jeden bundesdeutschen Durchschnittshaushalt rechnerisch mit rund 11.000 Euro belastet haben und damit jeden ausgegebenen Euro mit 30 Cent, dann lässt sich die Entlastung durch einen Zins nahe null in etwa abschätzen. Das gilt zumindest für jene 80 bis 90% der Haushalte, bei denen die Zinsbelastungen nicht oder nur zu einem geringen Teil durch eigene Zinsinnahmen ausgeglichen werden! Dieser Ver-

gleich macht aber auch deutlich, zu welchen Entlastungen es bei uns bereits durch eine Halbierung der Zinssätze kommen würde! Und das würde nicht nur die Zinsen senken, sondern auch das Tempo der Geldvermögens- und Verschuldungszunahme in unseren Volkswirtschaften!

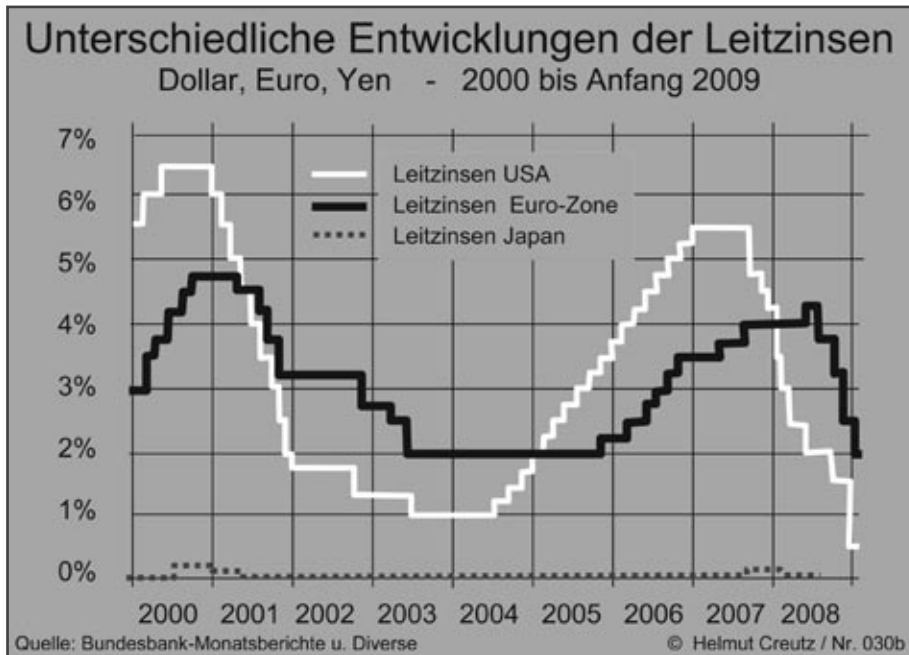
Dass das japanische Deflations-Dilemma die derzeitigen weltweiten Krisen auch noch gefördert hat, ist ein zusätzlicher Negativ-Aspekt. Damit sind nicht die Produktions- und Exportrückgänge Japans gemeint (diese haben uns vielmehr erhöhte Exportchancen beschert!), sondern die Folgen der verstärkt „exportierten“ Ersparnisse der Japaner, die höhere Zinsen suchend in die westlichen Industrieländer flossen. Das war vor allem in den USA der Fall, die bekanntlich in den letzten 15 Jahren im Welthandel ein riesiges Defizit aufgebaut haben. Doch das aus Japan zu-

fließende billige Geld vergrößerte dort nicht nur die überschüssigen Investitionsmittel und Möglichkeiten zinsgünstiger Staatsverschuldungen, sondern vor allem auch jene Mittel auf den Spekulationsmärkten, die uns inzwischen zum Verhängnis wurden.

Und was tun die Notenbanken gegen diese Gefahren?

Statt an den Ursachen des Übels anzusetzen, also an den unkontrolliert wachsenden Geldvermögen und den unberechenbar schwankenden Geldhalte- und -ausgabegewohnheiten der Wirtschaftsteilnehmer, bleiben die Notenbanken bei ihren Versuchen, die Entwicklungen über die Veränderungen der Leitzinsen zu beeinflussen. Das heißt, statt für einen gleichmäßigen Umlauf der von ihnen ausgegebenen Geldmenge zu sorgen, betreiben sie weiterhin Symptombehandlungen, mit denen sie im Wesentlichen nur die Geschäfte zwischen den Banken beeinflussen können. Der einzige Unterschied zu früheren Zeiten ist, dass sie die Veränderungen der Leitzinsen nicht mehr in großen Schritten vornehmen, sondern in vielen kleinen Trippelschritten, was durch die überwiegend kurzfristigen Geldausleihungen an die Banken möglich ist. Außerdem haben sie in den letzten Monaten die an die Banken ausgegebenen liquiden Mittel fast verdoppelt und dabei Papiere als Sicherheiten akzeptiert, die vorher niemals angenommen wurden. Und das in der Hoffnung, die Banken würden das Vertrauen untereinander wieder gewinnen, was jedoch, angesichts der Unsicherheiten in allen Bankbilanzen, bislang nichts bewirkt hat.

Zu welchen rapiden Leitzinskorrekturen die Markteinbrüche Anfang dieses Jahrzehntes geführt haben, geht aus der **Darstellung 4** hervor. Bedenkt man, dass gerade in den USA das radikale Herunterfahren der Leitzinsen 2001 und die anschließende Verbilligung sogar auf 1% im Jahr 2003 die Immobilienkrise entscheidend mit beeinflusst, wenn nicht sogar ausgelöst haben, dann kann man bei den jüngsten radikalen Absenkungen seit Ende >



Darstellung 4

2007, inzwischen sogar auf weniger als 1% (!), nur noch das Schlimmste befürchten. Stabile Wirtschaftslagen sind damit kaum zu erreichen!

Aber auch die EZB hat in einer bisher nicht erlebten Radikalität die Leitzinsen in den letzten Monaten heruntergefahren, die fast schon an Panik grenzt und deren Folgen kaum zu beurteilen sind! Was den westlichen Ländern drohen könnte, zeichnet sich in der untersten Kurve in der Grafik bei der Entwicklung der Leitzinsen in Japan ab: Eine Kurve, die gar keine mehr ist, sondern eigentlich eine lange und damit wirkungslose Gerade, auf der sich die kläglichen Versuche, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, kaum abzeichnen. Konkret: Die japanische Notenbank ist in Bezug auf die Stabilität ihres Geldes und des wirtschaftlichen Geschehens vor rund 15 Jahren einwirkungslos und damit praktisch hilflos geworden und fällt – nach einer kurzen Belebung in den letzten Jahren – wieder in diese Lage zurück! Und das, was dort auf dem Grundstücksmarkt gelaufen ist, könnte sich auch bei uns wiederholen: Nachdem man schon seit Jahren das Wasser auf der Welt als sicheres Investitionsgut für das Anlage suchende Geldkapital entdeckt hat, fasst man jetzt auch schon die ebenfalls unvermehrten Bodenflächen als Spekulationsgut ins Auge, auch um

auf irgendeine Weise die Geschäfte der Banken endlich wieder zu beleben!

Wie könnten die Notenbanken Macht und Einfluss wiedergewinnen und der Wirtschaft zu stabilen Verhältnissen verhelfen?

Dass man nur steuern kann was sich bewegt, weiß nicht nur jeder Segler, sondern auch jeder Autofahrer, dessen Motor den Geist aufgibt. Das heißt, die Notenbanken können das Geld – gleichgültig ob mit der Absicht der Inflations- oder Deflationsvermeidung – auch nur solange beeinflussen, wie es sich bewegt, also in Umlauf ist. Da sie aber keine genaue Übersicht darüber haben, welcher Anteil des herausgegebenen Geldes an den Bewegungen beteiligt ist, stochern sie mit ihren Maßnahmen nicht nur bei „Windstille“ ständig im Dunklen herum, sondern sogar auch dann, wenn das Geld in Bewegung ist. Zwar weiß jede Notenbank ganz genau, wann und wie viele ihrer nummerierten Geldscheine sie in welchen Stückelungen herausgegeben hat, aber sie weiß nie, wie viele davon tatsächlich nachfrageaktiv im Wirtschaftsgeschehen unterwegs sind!

Alle Versuche in den letzten Jahrzehnten diese nachfragende Menge des Geldes in den Griff zu bekommen,

waren darum letztlich vergeblich, auch wenn die EZB mit ihren Inflationsdroselungen bis jetzt etwas erfolgreicher war als vorher die Deutsche Bundesbank. Auch die Versuche, das fehlende Wissen über die marktwirksame Geldmenge durch alle möglichen Hilfskonstruktionen und die Heranziehung erfassbarer anderer Größen auszugleichen, waren nur begrenzt erfolgreich. Daran änderten auch die diversen zu „Geldmengen“ ernannten Mischgrößen von Geld- und Guthaben-Kombinationen nichts, die man ersatzweise herangezogen hat. Das gilt vor allem für die so genannte Geldmenge M3, die weitgehend aus Guthaben besteht und damit aus Bestätigungen für die leihweisen Überlassungen von Geld, die mit der Nachfrageaktivität der Geldmenge jedoch so gut wie nichts zu tun haben. Nicht ohne Grund hat darum die US-Notenbank diese Größe inzwischen aus ihrem Instrumentarium entfernt.

Welche Schwierigkeiten die Notenbanken bei der Eingrenzung der Geldmenge durch diese herangezogenen Stellvertreter-Größen hatten, wurde durch den vormaligen Präsidenten der US-Notenbank, Alan Greenspan einmal zum Ausdruck gebracht. Am 17. Februar 2006, vor dem US-Finanzausschuss und auf die Befragung durch Senator Ron Paul, führte er u.a. aus:

„Wir haben früher einmal M1 als Stellvertreter (Maßstab) für Geld benutzt, und es erwies sich als ein sehr schwieriger Indikator für irgendwelche finanziellen Zustände. Dann nahmen wir M2 und hatten das ähnliche Problem....Wir haben M3 per se niemals so benutzt, weil dies zum großen Teil die Ausweitung der Bankindustrie widerspiegelt. Und wenn Banken effektiv expandieren, sagt das an und für sich nicht schrecklich viel darüber aus, was das wirkliche Geld ist....“

Unser Problem ist also nicht, dass wir nicht an gesundes Geld glauben. Das tun wir. Wir sind fest davon überzeugt, dass, wenn man eine minderwertige Währung hat, auch die Wirtschaft minderwertig wird. Die Schwierigkeit ist, zu definieren, welcher Teil unserer Liquiditätsstruktur wirklich Geld ist. Wir haben seit Jahren Probleme damit,

Stellvertreter für das Geld aufzuspüren. Und dabei legen wir den Maßstab an, ob es ein guter Vorausindikator für die Richtung der Finanzen und der Wirtschaft ist. Bedauerlicherweise war keiner von denen, die wir entwickeln konnten, dazu in der Lage.....

Das heißt nicht, dass wir denken, Geld sei unerheblich. Es bedeutet, dass unsere Maßstäbe für Geld unzureichend waren. Als Folge davon haben wir, wie ich vorhin dargelegt habe, die Verwendung monetärer Aggregate für geldpolitische Zwecke herabgestuft, bis wir in der Lage sind, einen stabileren Stellvertreter für das zu finden, was unserer Ansicht nach das der Wirtschaft zu Grunde liegende Geld ist....Es ist also schwer, etwas zu managen, was man nicht definieren kann.“

Was ist „das der Wirtschaft zu Grunde liegende Geld“?

Entscheidend für den Markt und das Marktgeschehen sind letztlich nur die Zahlungsmittel, also Bargeld und Sichtguthaben. Und dabei sind auch die Sichtguthaben nur so lange unter Kontrolle zu halten, wie der Zinsabstand zu den längerfristigen Bankguthabenbeständen ausreichend hoch ist. Ansonsten könnten theoretisch die Bankkunden ihre ganzen Ersparnisse nach und nach auf Sichtguthaben umbuchen, womit auch diese Größe für jegliche Kontrollversuche ungeeignet wäre, wie sich das in den letzten 20 Jahren mit den sinkenden Zins- und Inflationsraten auch erwiesen hat.

Berücksichtigt man das und den Tatbestand, dass auch die Sichtguthaben kein Geld, sondern nur durch Geldeinzahlungen entstandene Guthaben sind, die man an Stelle von Geld für Zahlungsabwicklungen nutzen kann, dann bleibt also in der Wirtschaft nur das von der Notenbank herausgegebene Bargeld als Kontroll- und Steuerungsgröße übrig. Also jenes Geld, das weder von den Bürgern noch von den Banken vermehrt werden kann, sondern alleine von der Notenbank. Doch um dieses Bargeld zu steuern, bedarf es eben der Notwendigkeit seiner gleich bleibenden Bewegung und vor

allem der Erfassung jenes Geld-Anteils, der an dieser Bewegung beteiligt ist. Genau diese Erfassbarkeit der entscheidenden Größe ist aber der Schwachpunkt der heutigen Geldmengensteuerungen durch die Notenbanken und damit auch der Erreichung und Wahrung der Kaufkraftstabilität!

Bei dieser als unverzichtbar erachteten Steuerung der Geldmenge geht es keinesfalls um eine *Beschleunigung*, sondern nur um eine *Verstetigung* ihres Einsatzes. Denn nur mit dieser Verstetigung des Geldeinsatzes – ob langsam oder schnell – lässt sich die Wirkung des Geldes auf den Märkten ermitteln, die sich aus seiner Menge mal Einsatzhäufigkeit ergibt. Das heißt, erst mit dieser Verstetigung des Einsatzes, wird auch die Menge des Geldes steuerbar!

In einem Wirtschaftssystem, in dem der Geldumlauf verstetigt ist, wird sich auch die Wirtschaftstätigkeit verstetigen und damit aus den dauernden Wechselbädern schwankender Konjunkturlagen befreien! Denn durch ein Geld, das nicht mehr zur Hochhaltung der Zinsen künstlich verknappt werden kann, wird auch die Menge steuerbar. Damit verschwinden aber auch die Inflations- und Deflationsgefahren, die heute mangels ausreichender Steuerbarkeit immer wieder aufleben. Das heißt, die Zinssätze werden, im Gleichschritt mit den Sättigungen der Märkte, nach und nach absinken und ebenso das Überwachstum der Geldvermögen und Schulden. Und ist der Zins durch seine Einbindung in die Marktkräfte ebenso nach unten offen wie die Gewinne der Unternehmen, brauchen sich die Notenbanken in die Zinsentwicklung nicht mehr einzuschalten,

Absinken und auflösen würde sich vor allem aber auch der Zwang zum Wirtschaftswachstum, dem wir heute – zur Verminderung der wachsenden sozialen Verwerfungen – ausgeliefert sind. Und mit den weiteren Produktivitätssteigerungen, die es immer geben wird, können wir – statt unseren umweltproblematischen Verbrauch ständig zu erhöhen – unsere Arbeitszeiten entsprechend verkürzen und damit den Abbau der Arbeitslosigkeit bis zur Vollbeschäftigung zusätzlich erleichtern!



Wie kann das geschehen?

Es dürfte unbestritten sein, dass das Geld eine öffentliche Einrichtung ist. Öffentliche Einrichtungen sind im Allgemeinen dadurch gekennzeichnet, dass jeder sie unter den gleichen Bedingungen nutzen, aber niemand sie blockieren darf. Denn mit jeder Blockierung werden andere an deren Nutzung gehindert. Darum werden z.B. die Blockierungen von Straßen oder öffentlichen Parkplätzen, und damit die Behinderungen des Straßenverkehrs, durch Nutzungs- oder Strafbühren eingeschränkt. Die Blockierungen des für jede Gesellschaft viel wichtigeren Geldverkehrs bleiben jedoch nicht nur ungeahndet, sondern werden sogar belohnt. Denn zur Aufgabe der Blockade zahlen wir dem Verursacher bekanntlich eine Prämie, den Zins, dessen Höhe er auch noch selbst bestimmen kann! Wenn ihm die Prämie nicht hoch genug erscheint, hält er sein Geld zurück und zwingt damit jene, denen dieses Geld zwangsläufig in gleicher Höhe fehlt, zu einem höheren Belohnungs-Angebot für die Freigabe, sprich: zu einem höheren Zins!

Das heißt, jeder kann heute das Geld nach Belieben aus dem Verkehr ziehen und den Kreislauf unterbrechen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Dieser unglaubliche Zustand ist sogar rechtlich abgesichert, denn das öffentliche Tauschund Zahlungsmittel Geld steht zwar unter *Annahmewang*, aber nicht unter einem ausgleichenden >



Weitergabezwang! Und obwohl es „nicht zwei Herren gleichzeitig dienen kann“, wird diese öffentliche Einrichtung Geld, nach unseren gängigen juristischen Definitionen, als „bewegliches Gut“ für den Geld-Annehmenden auch noch zum „persönlichen Eigentum“, über das er nach Belieben verfügen kann! Dabei kostet nicht nur bereits die Produktion dieses öffentlichen Gutes und dessen ständige Erneuerung die Allgemeinheit Geld, sondern jede Privatisierung und Hortung ist mit einer Kette von Nachfrage-Ausfällen verbunden, die von der Allgemeinheit als sich aufschaukelnde reale Verluste getragen werden müssen!

Mit der Beschreibung dieser absurden Gegebenheiten ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, was geschehen sollte oder müsste: Geld, bzw. die Zurückhaltung von Geld, muss ähnlich eingeordnet und geahndet werden wie der Missbrauch anderer öffentlicher Einrichtungen! Oder z.B. so, wie bei der Zurückhaltung von Waggons oder Miet-Containern bei der Bahn. Also mit täglich anfallenden Rückhalte- oder Standgebühren. Durch diesen einfachen Gebühren-Mechanismus erhält die Bahn eine ständige Übersicht über ihren Bestand, und kann dessen regelmäßigen Einsatz sichern. Und bei Knappheit wird dieser Bestand vergrößert, bei Überversorgung reduziert! Genau so muss es auch beim Geld gehandhabt werden, bei dem es nicht nur um die Regulierung der Nutzung und der Kaufkraftstabilität geht, sondern auch um die Sta-

bilität der Konjunktur und das Ergehen der ganzen Gesellschaft!

Bei den Zahlungsmitteln auf den Girokonten kann eine solche Bestands-haltegebühr, z.B. in Höhe von einem Prozent im Monat, täglich und automatisch vom Bestand abgebucht werden, ähnlich wie das heute bei den Zinsen für Überziehungskredite geschieht. Beim Bargeld ist das zweifellos etwas schwieriger. Aber wenn solche Umlaufsicherungen beim Geld bereits im Hochmittelalter, in der so genannten Braketenzeit, über einige Jahrhunderte möglich und höchst wirksam waren und ebenfalls bei Notgeldmaßnahmen in einigen Gemeinden in den 1930er Jahren, dann sollte das in unserer Zeit, mit Chips oder anderen elektronischen Steuerungs- und Markierungs-Systemen, ein Leichtes sein. Angesichts der drohenden Deflationsgefahren vor etwa sechs Jahren, wurden diese Möglichkeiten der Umlaufsicherung durch Chip-Einbau sogar schon in den USA, von führenden Persönlichkeiten aus dem Umfeld der US-Notenbank, diskutiert!

Die Konsequenzen:

Mit der Einführung einer solchen Geldhaltegebühr würden nicht nur Inflationen und Deflationen überwindbar, sondern es würden – was fast noch wichtiger ist – die Zinssätze, im Gleichschritt mit den Sättigungsprozessen in der Wirtschaft, marktgerecht gegen null fallen. Damit würden sich nicht nur die durch den Zins bedingten sozial problematischen Einkommens-Umver-

teilungen selbsttätig abbauen, sondern auch die sich heute ständig wiederholenden Konjunkturerinbrüche mit Arbeitslosigkeit und zunehmenden sozialen Spannungen zwischen Arm und Reich, und ebenso der ständig die Umwelt zerstörende Zwang zum Wachstum! Die Erkenntnis dieser aus der Geldhaltung resultierenden Probleme und die Vorschläge zu ihrer Überwindung, verdanken wir entscheidend dem Geld- und Sozialreformer Silvio Gesell, der sie vor rund 100 Jahren zum ersten Mal veröffentlichte. Aufgegriffen wurden sie von dem bekannten Ökonom und Mathematiker Irving Fisher in den USA in der Krise der 1930er Jahre. Er bezeichnete sich als „bescheidenen Schüler jenes Kaufmanns Gesell“ und vertrat die Ansicht, dass die Umsetzung seiner Gedanken die USA in kurzer Zeit aus ihrer Krise herausführen würden. Wenige Jahre später hat dann auch der wohl größte Ökonom und Geldkenner des vergangenen Jahrhunderts, John Maynard Keynes, diesen Geldreform-Ansatz als wirksam angesehen und geschrieben, dass er zum „sanften Tod des Rentiers“ führen würde und ebenfalls dazu, „allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden.“

Es gibt also Möglichkeiten, die ständig drohenden Inflations- und Deflationsgefahren und damit auch die derzeitige Krise schneller in den Griff zu bekommen. Vor allem aber haben wir die Möglichkeit, ihre Wiederholung zukünftig zu vermeiden! ■